

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

71 (4.9.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 kr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 71.

Karlsruhe, Samstag den 4. September

1847.

Herausgegeben von Karl Rathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 kr. für den Raum der dreifaltigen Petitzeile berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

(Die Vertretung des Gewerbestandes in der zweiten Kammer). Nachdem vor Kurzem in badischen Blättern die Wahl eines dem Kriegerstande angehörigen Mitgliedes gewünscht worden, macht ein Brief aus dem Kinzigthal in dem Mannheimer Journal auf den Mißstand aufmerksam, daß sich, „streng genommen“, nicht ein einziger „kleiner“ Gewerbsmann in der Kammer befindet. Das „klein“ wird im Gegensatz zu „Kaufleuten, Wirthen und größeren Fabrikanten“ gebraucht, und daran der Wunsch geknüpft, daß bei den nächsten Deputirtenwahlen etwas mehr als bisher auf „die geringen Leute“ Rücksicht genommen werden, und daß, „wenn nur immer möglich“, auch einige eigentliche Handwerksmeister zur Ehre der Volksvertretung berufen werden möchten. — Wenn richtig wäre, daß sich unter 63 Mitgliedern kein Gewerbsmann befände, so würde der Vorwurf die Städte treffen, die 22 Abgeordnete zu ernennen haben, bei deren Wahl alle Gewerbsleute als Urwähler mitwirken. Die Ursache würde dann wohl, wie bei den Ärzten (es ist kein Arzt in der Kammer) darin liegen, daß die wenigsten in der Lage sind, sich ohne zu große Opfer auf längere Zeit von ihren Berufsgeschäften zu entfernen, ältere Männer aber, die sich von den Geschäften zurückgezogen haben, selten geneigt sind, ihr ruhiges Leben zu verlassen, um an den parlamentarischen Kämpfen theilzunehmen. Endlich kommt auch in Betracht, daß nicht Jeder, der ein Gewerbe gründlich erlernt hat und tüchtig betreibt, im Stande ist, die Interessen des Gewerbeswesens überhaupt mit Einsicht zu vertreten. Es ist daher nicht leicht, eine größere Anzahl tüchtiger Gewerbsleute zu finden, welche sich dem Berufe eines Abgeordneten widmen wollen und können. Dies zeigt auch ein zweiter Artikel im Mannheimer Journal, aus dem Mitteltheinkreise, welcher sieben wackere Männer vorschlägt, welche sämtlich Großgewerbe betreiben; es ist kein einziger eigentlicher Handwerksmeister darunter. —

Wir theilen übrigens ganz die Ansicht, daß der Gewerbestand eine verhältnismäßige Anzahl von Mitgliedern in die Kammer senden, und daß die Wähler hierauf Bedacht nehmen sollten. Um zu sehen, was dafür bei den bevorstehenden Wahlen geschehen kann, wollen wir uns zunächst die Zusammensetzung der letzten Kammer nach den Berufsarten der Mitglieder vergegenwärtigen. Die Eintheilung kann, je nach dem Gesichtspunkte von dem man ausgeht, verschieden ausfallen, da manche Abgeordnete mehrere Geschäftszweige haben, Andere ihren früheren Beruf mit einem anderen vertauschten oder von dem Ertrage ihres Vermögens leben. In solchen Fällen nehmen wir, wo es möglich ist, den Beruf an, für welchen der betreffende Abgeordnete in seiner landständischen Thätigkeit hauptsächlich wirkte; wenn z. B. ein Advokat diesen

Beruf gar nicht mehr, dagegen Wein- und Holzproduktion betreibt, auch in der Kammer für die Pflege der Forstwirtschaft, für die Erleichterung des Weinbaus und Weinhandels mit Auszeichnung thätig ist, so können wir ihn als Abgeordneten nicht mehr zu den Advokaten, sondern nur zu den Landwirthen rechnen. Wenn ein Zweiter zwar gegenwärtig als Rentner lebt, aber als ehemaliger Bierbrauer jeweils für die Interessen dieses Gewerbes auftritt (z. B. bei dem Biersteuergesetz), so müssen wir ihn auch noch als Bierbrauer betrachten. Man mag bei Einzelnen verschiedener Meinung sein, im Ganzen wird das Ergebnis von dem unsrigen wenig verschieden ausfallen. Hiernach zählten in der zweiten Kammer von 1846:

Das Kapital (Rentner)	3 Mitglieder, wovon 2 austreten.
Die Fabrikation	4 „ „ 2 „
Die Gewerbe	4 „ „ 2 „
Die Landwirtschaft	10 „ „ 4 „
Der Handel	10 „ „ 3 „
Also die verschiedenen Zweige d. Volkswirtschaft	31 „ „ 13 „
Dazu kommen:	
Staats- u. Kirchendiener:	
active	17 „ „ 3 „
pensionirte	5 „ „ 1 „
Advokaten	10 „ „ 5 „
	32 „ 9 „

Zusammen 63 Mitglieder, wovon 22 austreten.

Da jeder Abgeordnete schwört: „in der Ständeversammlung nur des ganzen Landes allgemeines Wohl und Bestes, ohne Rücksicht auf besondere Stände oder Klassen“ nach seiner innern Ueberzeugung zu berathen, so kann hier nicht davon die Rede sein, daß der Abgeordnete die Interessen des Standes, welchem er angehört, ausschließlich und gegen alle übrigen zu befördern suche; allein daß an den Berathungen über die Nahrungsquellen des Volkes mehrere Männer theilnehmen, welche aus eigener Kenntniß und Erfahrung über die Verhältnisse Auskunft geben und Vorschläge begründen oder beleuchten, dies ist im hohen Grade wünschenswerth. Man sieht übrigens aus vorstehender Zusammenstellung, daß die Behauptung, die Gewerbe seien in der letzten Kammer nicht vertreten gewesen, unrichtig ist; man müßte denn Apotheker, Bierbrauer, Gerber und Maurer nicht als Gewerbsleute gelten lassen. Es waren eben so viele Gewerbsleute als Fabrikanten in der Kammer, aber weniger als Landwirthe und Kaufleute. Der Wunsch, eine größere Anzahl von Gewerbsleuten aus den nächsten Wahlen hervorgehen zu sehen, fällt

mit dem Wunsche, einer Verstärkung des bürgerlichen Elementes überhaupt, nahe zusammen, wir möchten ihn daher nicht auf Kosten der übrigen Bürger verwirklicht sehen. Zu den Bürgern aber rechnen wir auch die Advokaten, von denen die meisten sehr nützliche Dienste in der Kammer geleistet haben. So lange die Zahl der Regierungsjuristen so stark ist, werden die Bürger wohl daran thun, ihnen eine entsprechende Anzahl von Volksjuristen gegenüber zu stellen; ein Advocat auf zwei Staatsdiener scheint uns nicht zu viel. Endlich möchten wir auch die Zahl der freimüthigen Mitglieder der Kammer nicht geschwächt sehen; von den vier Gewerbsleuten in der letzten Kammer waren drei unbedingt ministeriell, und der einzig liberale ist unter den beiden Ausgetretenen.

Alles wohl erwogen, könnte bei den nächsten Wahlen zur Erhaltung und Vermehrung der Gewerbsleute in der Kammer folgendes geschehen:

Die Stadt und der Landbezirk Bruchsal, deren bisherige Abgeordnete, dem Gewerbestande angehörig, keine Wahl mehr annehmen wollen, könnten andere Gewerbtreibende an ihre Stelle ernennen, und wir sind mit dem Vorschlage des Mannheimer Journals, für eine dieser beiden Stellen Hrn. Sieber, Fabrikanten und Bierbrauereibesitzer in Bruchsal zu wählen, vollkommen einverstanden. Findet sich ein Zweiter für die andere Stelle, so wäre wenigstens der Ausfall gedeckt.

Die Städte Freiburg und Baden wären dann zunächst in der Lage, die Zahl der Gewerbtreibenden um zwei intelligente, geunungstüchtige Mitglieder zu vermehren. Hr. Bürgermeister Jörger von Baden hat abgedankt, und durch die Wahl eines Gewerbsmannes in Freiburg an die Stelle des Hrn. Hägelin würde zugleich der von Vielen gewünschte Verminderung der Anzahl der Advokaten Rechnung getragen.

Auch die beiden ersten Städte des Landes, Karlsruhe und Mannheim, haben Gelegenheit, zu der Vertretung der Gewerbe ihr Contingent zu stellen. Die Residenz, welche an die Stelle des Hrn. Hofbuchhändlers Knittel einen anderen zu wählen hat; Mannheim, das den Hrn. Krämer von Marlen durch einen gewerbtreibenden Bürger zu ersetzen hätte. Geschieht dies, so würden wir dringend wünschen, daß ein Landbezirk seine Wahl auf Hrn. Krämer lenkte, der als Mann von entschiedener Gesinnung und festem Charakter sich stets bewährt hat und der zugleich ein erfahrener Landwirth ist.

Die Stadt Pforzheim wird, wie zu erwarten ist, den Abg. Dennig wieder in die Kammer senden und, wenn der Entschluß des Abg. Gottschalk, seine Stelle niederzulegen, unwiderruflich gefaßt sein sollte, vermuthlich noch einen zweiten, der Industrie oder dem Handel angehörigen Vertreter wählen.

Endlich wären noch in den Bezirken Baden-Oernsbach, Schwetzingen-Philippsburg und Tauberbischofsheim drei Stellen offen, die füglich mit Bürgern besetzt werden könnten.

Es wäre sonach gar nicht schwer, statt 4 Gewerbsleuten, 10 bis 12 in die nächste Ständeversammlung einzuführen, so daß dieser Stand mindestens eben so zahlreich vertreten wäre, als die Landwirthschaft und der Handel; an Staatsdienern wäre dann immer noch kein Mangel. — Machen dagegen die Wahlbezirke von der Gelegenheit, die Zahl der Bürger zu verstärken, keinen Gebrauch, entweder weil es ihnen an Candidaten fehlt, oder an wahren Bürgerfinn, so haben sie es lediglich sich selbst zuzuschreiben, wenn Anträge und Beschlüsse in der Kammer nicht nach ihren Wünschen ausfallen.

Der Antrag des Vorortes Bern, die eidgenössischen Offiziere, welche erklärt haben, daß sie dem Sonderbunde mehr anhängen als der Eidgenossenschaft, der sie Treue geschworen, aus der Liste des eidgenössischen Stabes zu streichen, ist von der Tagsatzung ohne viele Umstände angenommen worden. Die Verhandlungen waren kürzer als man erwartet hatte, der Beschluß war aber auch eine nothwendige Folge des früheren, welcher ausgesprochen hatte: „es sei das Sonderbündnis der sieben Stände mit den Bestimmungen des eidgenössischen Bundesvertrags unverträglich und demnach als aufgelöst zu erklären.“ Ein kurzer Termin zu Vorschlägen für die Wiederbesetzung der erledigten Stellen wurde anberaumt, und ist bereits umlaufen; ohne Zweifel ist jetzt schon der eidgenössische Stab, dessen wichtige Dienste im Fall einer Execution in Anspruch zu nehmen sind, mit treuen Söhnen des Vaterlandes vollständig ergänzt. Baselftadt, dessen Gesandter auf der Tagsatzung die undankbare Rolle eines Vermittlers spielt und dabei mit seiner Stimme stets vereinzelt bleibt, hat erklärt, daß es sich den Beschlüssen der Tagsatzung füge und hat demzufolge die Beschlagnahme von Waffen und Kriegsbedarf für den Sonderbund angeordnet. In Aarau, Schaffhausen und Zürich sind ebenfalls Pulver, Blei und Kartätschen weggenommen worden, welche nach Luzern und Zug bestimmt waren.

Das Vertrauen, daß die Tagsatzung, durch kräftigen Vollzug ihres Beschlusses vom 20. Juli, dem bedenklichen Zustande der Spannung und Verwirrung ein Ende machen, der drohenden Anarchie vorbeugen und die Feinde des kirchlichen und bürgerlichen Friedens unschädlich machen werde, — dieses Vertrauen ist durch einen Vorfall, der an sich unbedeutend scheint, stark erschüttert worden. Unter der Mehrheit von 12 $\frac{1}{2}$ Ständen nämlich, welche für die Auflösung des Sonderbundes gestimmt haben, sind zwei, St. Gallen und Graubünden, deren Gesandte noch nicht ermächtigt sind, für Vollzugsmaßregeln zu stimmen, sie müssen noch Instruktionen von den gesetzgebenden Körperschaften ihrer Kantone erwarten. In dem großen Rathe von St. Gallen haben nun die Liberalen eine Mehrheit von drei Stimmen. Wenn zwei davon abfallen, so ist die Mehrheit im großen Rathe, in Folge dessen, auch bei der Tagsatzung verloren. Bereits hat aber der St. Galler Bote, sonst ein liberales Blatt, Artikel gebracht, welche sich gegen den Vollzug des Auflösungsbeschlusses erklären. Man erfährt, daß der bisher radikale Regierungsrath Dr. Weber darin seine Sinnesänderung kund gegeben, und man zweifelt, daß Regierungsrath Fels alsdann der eidgenössischen Sache treu bleiben werde. Die allgemeine Entrüstung, welche in der schweizerischen Presse gegen den St. Galler Boten sich erhob, der gerechte Zorn der getäuschten Wähler, die nach schwerem Kampfe jene beiden Männer in den großen Rath gesendet haben, scheinen zwar nicht ohne Wirkung geblieben zu sein; allein St. Gallen, das so lange einen Baumgarten an der Spitze der Regierung geduldet, könnte wohl noch zwei andere Männer liefern, die, wie jener, den Lockungen der Jesuiten nicht auf die Dauer widerstehen; daß aber diese Alles anbieten, um zwei Abtrünnige zu gewinnen und dadurch die ganze bisherige Arbeit der Tagsatzung zu vernichten, das wird Niemand bezweifeln, welchen ihre Geschichte nicht unbekannt ist. Gelingt es, die Einigkeit der liberalen Kantone und damit das Vertrauen des Volkes auf die Tagsatzung zu brechen, so sind die unseligsten Folgen unausbleiblich; aber das ist es

gerade, was die Führer des Sonderbundes, was die Jesuiten wollen.

Das Schweizer Volk sieht in der Auflösung des Sonderbundes nur den Weg zur Vertreibung der Jesuiten. Letztere ist ihm die Hauptsache, und mit Recht. Die Jesuiten sind der Kern des Uebels, das Bündniß ist nur die Schale desselben. In dem Bundesvertrag steht zwar kein Artikel, der so unmittelbar gegen den Jesuitenorden spräche, wie der Artikel gegen den Sonderbund. Allein die Befugniß zur Vertreibung jenes Ordens liegt in den allgemeinen Bestimmungen, daß der eidgenössische Bund für Ruhe und Ordnung im Innern zu sorgen habe. Der Einzug des Jesuitenordens aber hat in allen Kantonen, wo er stattfand, folgende Erscheinungen mit sich geführt: Ueberall, wo die Jesuiten einzogen, wurden die Verfassungen und Gesetze, entweder schon durch die Thatfache des Einzugs, oder bald nachher, verletzt und vernichtet; alle liberalen Bestrebungen und die liberale Partei wurden durch rohe Gewalt unterdrückt, zum Theil vertilgt (wie in Wallis und Luzern). Die kirchliche Unduldsamkeit wurde zum leitenden Grundsatze erhoben und der Religionshaß gehegt und gepflegt; ein friedliches Zusammenleben beider christlichen Bekenntnisse ist nicht mehr möglich. Durch den Jesuitenorden ist der Sonderbund entstanden, der einzelne Theile von der Eidgenossenschaft abreißt, in denselben sogleich einen Priesterstaat errichtet und diesen dem ausländischen Jesuitengeneral unterwirft. Der Jesuitenorden bildet endlich den Mittelpunkt einer unermülichen Rückschrittpartei gegen alle sittlichen und politischen Grundlagen der Eidgenossenschaft, — freie geistige Entwicklung und freie Verfassungen; diese Partei aber steht mit den Absolutisten des Auslandes in fortwauernder Verbindung. Alle diese Erscheinungen hat das Schweizer Volk mit erlebt und kennt sie genau; es fragt daher mit vollem Rechte, wie der Bund ruhig zusehen könne, wenn eine finstere Gewalt einen Theil nach dem andern niederträte, den Frieden der Konfessionen in ewigen Hader umwandle, den vaterländischen Geist austilge und eine ausländische Schlange in seinem eigenen Busen großziehe. So tief ist der Haß gegen den Jesuitenorden in der überwiegenden Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung gewurzelt, daß in den letzten Jahren jede Regierung gestürzt wurde, die hierin nicht mit dem Volke hielt. Auf diese Weise ist auch die Frage entschieden, ob dieser Orden die Ruhe, den Frieden und das Wohl der ganzen Eidgenossenschaft gefährde. So lange die Jesuiten in der Schweiz verweilen, ist an Ruhe und geregelte Entwicklung nicht zu denken.

Mannheim, 2. September. Gestern Abend fand eine Versammlung von Bürgern statt, um über die bevorstehenden Erneuerungswahlen für den Bürgerausschuß öffentlich zu berathen. Die Einladung, welche die Mitglieder des großen Ausschusses sammt allen anderen Bürgern in den Saal des Gasthauses zum badischen Hof berief, war von den Bürgern „im engeren Sinne“ ausgegangen, von den Herren Adrian, Berberich, Laurenzi und Consorten, auf deren Eingabe hin das Gr. Stadttamt die frühere Wahl für nichtig erklärt hatte. Sie behaupteten in ihrem einladenden Flugblatte, daß sie bisher von ihren Rechten und Freiheiten nicht den rechten Gebrauch gemacht hätten; sie könnten nicht sagen, daß eine einzige der früheren Wahlen aus der freien Ueberzeugung der Bürger hervorgegangen sei; immer seien es nur Einige ge-

wesen, die mit ihrem Anhang das Wohl und Wehe der Stadt im Stillen berathen und besorgt hätten. Dies müsse anders werden: es müsse mehr Freiheit, Selbstständigkeit und Oeffentlichkeit in Bezug auf die Wahlen herbeigeführt werden; kein Bürger dürfe mehr ein Verzeichniß von Candidaten annehmen oder herumtragen; auf die Sitze im Rathhause müßten andere Leute (Berberich, Adrian, Laurenzi und Consorten) kommen; öffentlich, frei und offen sollen die Bürger sich besprechen u. s. w. — Zum abschreckenden Exempel war der Einladung eine Candidatenliste der „geheimen Wahlumtriebler“ beige druckt, welche die nämlichen Männer, die aus der für nichtig erklärten Wahl hervorgegangen waren, zur Wiedererwählung vorschlug. — Der Erfolg zeigte, daß die ehrenwerthen Herren, von denen die Einladung ausging, Anspruch auf den Dank Derjenigen haben, die, wenn auch nicht mit Stolz, sich ihre Mitbürger nennen. Der Saal, dessen Thüre man bei früheren Einladungen (von anderer Seite) versiegelt und mit Polizeimannschaft besetzt gefunden hatte, stand offen; das politische und bürgerliche Leben ist zu größerer Regsamkeit geweckt; das Ergebnis der Verhandlung bewies die Falschheit aller in der letzten Zeit ausgestreuten Gerüchte über eine Aenderung in der Gesinnung der Bürgerschaft in Mannheim. Mindestens vierhundert Bürger, darunter die meisten Mitglieder des großen Ausschusses (Gemeinderath und Bürgerausschuß eingeschlossen) waren der Einladung gefolgt. Herr Berberich eröffnete die Versammlung mit einer Rede, worin er, wie im Morgenblatte, im Bürgerfreund und in der Einladung, über Beherrschung und Bevormundung der Mehrheit durch eine kleine Anzahl klagte und die Frage stellte: ob die Versammlung sich noch länger wolle bevormunden lassen, oder nicht, ob sie frei wählen wolle, oder nicht. Er wurde mit nur wenigen, bald beschwichtigten Unterbrechungen angehört. Als sich die Zeichen der Verwunderung über die Schlussfrage gelegt hatten, wurde der Antrag gestellt: die Versammlung möge sich durch Wahl eines Vorsitzenden und zweier Secretäre constituiren, um die Verhandlungen in Ordnung zu führen. Hievon wollte Hr. Berberich nichts wissen, weil es ihm dann gehen würde, wie schon einmal (am zweiten Weihnachtstage im Rheinaufsaale); er lasse sich auf keine Erörterung der Frage ein, ob er Recht habe oder nicht; er verlange Antwort auf die gestellte Frage, dazu habe er das Recht, denn er habe die Einladung gemacht und den Saal gemiethet. Ein homerisches Gelächter erfüllte den Saal. Die Versammlung bestand auf der Ernennung eines Präsidenten und auf einer ordentlichen Berathung über die bevorstehende Wahl. Hierauf erhoben sich die Herren Berberich und Adrian nebst zwei Begleitern und verließen den Saal unter allgemeiner Heiterkeit der zahlreichen Versammlung, wobei die weltberühmten Namen „Eisele und Weisele“ verschiedentlich vernommen wurden. Die Einlader zur öffentlichen Besprechung also hatten sich entfernt, bevor dieselbe beginnen konnte; aber die Eingeladenen blieben. Sie beriefen zum Vorsitz den Gemeinderath Mathy, zu Secretären die Herren Jul. Baffermann und Val. Streuber. Nachdem der Vorsitzende die Einladung verlesen, und unter anderem darauf aufmerksam gemacht hatte, wie die Verfasser dem darin erwähnten Fortschritt durch ihre Entfernung in eigenthümlicher Weise gehuldigt hätten, wurde die Berathung über die Ausschusswahlen eröffnet. Die Herren H. Hoff und Dr. Hecker zeigten, wie unbegründet, ja lächerlich der

Vorwurf sei, als hätten sich die Bürger bevormunden und beherrschen lassen; wie vielmehr Jeder, der da wolle, an den Berathungen über die Wahlen Theil nehmen können, und wie die Bestrebungen der Bürger „im engeren Sinne“ gerade gegen die Selbstständigkeit der Bürger gerichtet seien. H. v. Struve machte darauf aufmerksam, daß die Herren, welche in ihrer Einladung von Freiheit und Oeffentlichkeit sprechen, die Polizei zu Hülfe gerufen und von dem Großh. Stadtmann ein Erkenntnis gegen die Wahlen ihrer Mitbürger erzielt hätten; wer wirklich die Freiheit und den Fortschritt wolle, verfare nicht in solcher Weise. Hr. Val. Streuber erzählte, wie Hr. Berberich früher an der jetzt von ihm bekämpften Art zu wählen, thätigen Antheil genommen, um in den Bürgerausschuß gewählt zu werden, aus welchem er später austrat, weil es ihm nicht nach Wunsch ging; er berichtete ferner, was es überhaupt mit der jetzigen Freiheitsliebe dieses Herrn, seit er nicht Rathschreiber geworden, für eine Bewandnis habe. Hr. J. P. Grohe schilderte in feuriger Rede das Treiben der Bürger „im engeren Sinne“, die früher, bei ihrem verunglückten Sturme gegen die bürgerliche Theaterverwaltung, selbst gestanden, daß sie nicht aus eigenem Antriebe, sondern aus Auftrag von „Committeenten“ handelten, die aber immer noch nicht hervortreten wollen; er zog dann eine Vergleichung zwischen den Zuständen unter der früheren und der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung, deren Leistungen alle Anerkennung verdienen — was die Versammlung durch donnernden Zuruf bestätigte. Hr. Löwenhaupt brachte den siebenzehn Männern, welche aus der vernichteten Ausschuswahl hervorgegangen, ein Hoch! — das eben so, wie ein zweites Hoch! auf die Gemeindebehörde, mit lautem Jubel aufgenommen wurde. Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung, indem er das Ergebniß derselben kurz zusammenfaßte. Er wünschte ihr Glück zu dem Zeugnis politischer Reife, welches sie Angesichts widriger Parteibestrebungen und persönlicher Aufreizungen, die in der letzten Zeit so häufig vorgekommen, durch den würdigen und ruhigen Gang der Verhandlungen abgelegt habe; sie habe erklärt, daß sie mit der letzten Wahl zufrieden gewesen und die nächste werde ohne Zweifel ebenfalls zur Zufriedenheit der Bürgerschaft ausfallen. Eine intelligente Bürgerschaft bedürfe keiner Vorschriften hinsichtlich ihrer Wahlen; sie werde die tauglichen Kräfte in der Gemeindebehörde behalten, ungenügende durch frische ersetzen. So sei es bisher gehalten worden und so möge es zum Nutzen der Gemeindeangelegenheiten auch künftig bleiben. Die Gemeindebehörde aber werde in dem fortdauernden Vertrauen, das ihr heute wieder zu erkennen gegeben worden, Stärkung und Ermuthigung finden, das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.

So endete diese Versammlung, welche zu ganz andern Zwecken berufen war, mit einem neuen Beweise der Einigkeit unter Mannheims gutgesinnten Bürgern, an welcher alle Versuch einer volksfeindlichen Sippenschaft, Zwietracht zu stiften, wirkungslos abprallen und vielmehr zu neuer Befestigung und Kräftigung beitragen.

Die Bürger „im engeren Sinn“ mußten, ungeachtet der trefflichen Führung ihres unsichtbaren Leitstammels, ihr Schicksal im Voraus wissen. Sie mußten wissen, daß es ihnen diesmal noch schlimmer ergehen werde, als am zweiten Weihnachtstage im Rheinaufale, wo das Theater der Gegenstand

ihres Angriffes war, welches die schwache Seite hat, daß es viel Geld kostet, und wo ihnen andere als bürgerliche Kräfte zu Gebot standen. Daß sie es dennoch nicht unterließen, einen neuen Beweis ihrer Ohnmacht zu liefern, dies erklärt sich nicht nur aus einem gewissen Drange, sich zu blamiren. Es mag wohl die weitere Erklärung zulässig sein, daß es von ihrer Seite immer neuer Anstrengungen und neuer Beweise ihrer Aufopferungsfähigkeit bedarf, um auf Früchte ihrer Thätigkeit bei ihren „Committenten“ Anspruch machen zu können. Mögen sich diese noch länger täuschen lassen; das Volk wird klarer sehen und erkennen, auf wie seichtem Grunde die Gerüchte von einer Sinnesänderung der Stadt Mannheim beruhen.

Verschiedenes.

— Der preussische Kriegsminister v. Boyen hat den lange erbetenen Abschied erhalten; sein Nachfolger ist Generallieutenant v. Rohr, Commandeur der 11. Division in Breslau. H. v. Boyen war von 1814 bis 1819 Kriegsminister, hatte sich zurückgezogen, als die Reaction die Erfüllung der Verheißungen an die Nation verhinderte und die Carlstädter Beschlüsse produzierte, und war nach dem Regierungsantritt des jetzigen Königs als Greis von siebenzig Jahren wieder in das Ministerium berufen worden.

— Die bairischen Stände sind auf den 20. September zu einem außerordentlichen Landtage einberufen. Am 25. August, dem Namens- und Geburtsfeste des Königs, ist Lola Montez zur Gräfin von Landsfels ernannt worden, und gab Abends eine glänzende Gesellschaft in ihrer Wohnung.

— Das spanische Ministerium konnte eine Ausöhnung des königlichen Paars nicht bewirken und ist abgetreten. — General Narvaez ist von Paris nach Madrid abgereist, um ein neues Ministerium zu bilden.

— Nach den Vorgängen in Ferrara hat der päpstliche Nuntius in Wien die Weisung erhalten, entweder eine befriedigende Erklärung von dem Cabinet einzuholen, oder die päpstlichen Wappenschilder herunternehmen zu lassen und seine Pässe zu fordern. In mehreren Provinzen des Kirchenstaates wird das unwissende Landvolk von den Jesuiten gegen den Papst aufgehetzt. Also auch dort der schwarze Landsturm. Der Papst hat Conferenzen mit dem französischen Gesandten gehabt. Ueber 2000 Freiwillige von der Bürgergarde in Rom haben sich zum Ausmarschiren bereit erklärt. Die Stadt Bologna hat aus Anlaß der Vorgänge in Ferrara dem Papste ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, Gut und Blut für die Vertheidigung der Unabhängigkeit aufzuopfern.

— Abdel Kader ist in vollem Kriege gegen den Kaiser von Marokko. An der Spitze von 3000 Reitern und 5000 Fußgängern, mit allen Mitteln wohl versehen, marschirt er gegen Taza. Der Kaiser hat in Fez einige Hundert reiche Leute hinrichten oder verstümmeln lassen; ihr Vermögen soll die Kriegskosten decken.

— Glaubwürdigen Nachrichten zufolge treffen die Engländer auf den jonischen Inseln Anstalten, zwei Regimenter nach Ancona zu werfen.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.